

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

18. März 2019

Afghanistan

Schießerei unter Polizisten in Mazar-e Sharif

Am 14.03.18 kam es in Mazar-e Sharif, der Hauptstadt der nördlichen Provinz Balkh, zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern des bisherigen Polizeichefs der Provinz und Unterstützern des von der Zentralregierung in Kabul neu eingesetzten Polizeichefs General Abdul Raqib Mubarez.

Zuvor hatte Ata Mohammad Noor, der frühere Gouverneur und CEO der Partei Jamiat-e-Islami, die Entscheidung des Präsidenten kritisiert und zu einem Generalstreik aufgerufen. Als der bisherige Polizeichef Akram Sami sich weigerte, seinen Posten zu verlassen, kam es zu Schießereien zwischen seinen Anhängern und Spezialkräften der Polizei, die schließlich die Entscheidung der Regierung durchsetzten. Bei den Auseinandersetzungen sollen ein Polizist getötet und sieben weitere Personen (Polizisten und Zivilisten) verletzt worden sein. Etwa 25 Polizisten, Anhänger des früheren Polizeichefs, sollen verhaftet worden sein.

Erneut IS-Angriff auf Hazara in Kabul

Am 07.03.19 wurden Mörsergranaten auf eine politische Versammlung im überwiegend von Hazara bewohnten Kabuler Stadtteil Dasht-e-Barchi abgefeuert. Bei dem Angriff starben mindestens elf Personen, 95 wurden verletzt. Die Verantwortung übernahm der IS, der bereits für eine Reihe von Anschlägen auf schiitische Hazara verantwortlich ist. Bei der Versammlung handelte es sich um eine Gedenkveranstaltung für den 1995 von Taliban getöteten Hazara-Führer Abdul Ali Mazari.

Journalist ermordet

In Khost (Osten) haben Unbekannte am 16.03.18 einen Reporter eines örtlichen Fernsehsenders erschossen. Gewalt gegen Medienschaffende ist nicht selten. Laut Internationaler Journalisten-Föderation (IJF) sollen im vergangenen Jahr 16 Mitarbeiter von Medien in Afghanistan getötet worden sein. Afghanistan gilt als das weltweit gefährlichste Land für Journalisten.

Algerien

Proteste gegen die aktuelle Regierung wachsen

Seit Wochen gehen vor allem junge Menschen auf die Straßen in Algerien, um gegen eine fünfte Amtszeit des kranken Präsidenten Bouteflika zu demonstrieren. Die friedlichen Proteste führten dazu, dass Bouteflika am 11.03.19 ankündigte, nicht mehr zu kandidieren, und die Wahl auf unbestimmte Zeit verschob. Eine nationale Versammlung soll Reformen erarbeiten. Der Premierminister und der Außenminister wurden ausgetauscht. Die Menschen gehen trotzdem weiter auf die Straßen und fordern echte demokratische Reformen und einen Wechsel des gesamten Regimes. In den sozialen Medien zeigen die Demonstranten immer öfter Bilder, wie sich Polizisten den Demonstrierenden anschließen. An den Demonstrationen am 15.03.19 beteiligten sich ganze Familien, viele Frauen forderten eine bessere Zukunft für ihre Kinder.

Aserbaidshan

Amnestie für politische Gefangene

Am 16.03.19 wurden von Staatspräsident Ilham Alijew im Rahmen einer größeren Amnestie insgesamt 431 Menschen begnadigt. Unter den Freigelassenen waren etwa 50 politische Gefangene, darunter der Journalist Fikrat Faramasoglu sowie die Studenten Bayram Mammadow und Gijas Ibrahimov von der oppositionellen Jugendbewegung Nida.

DR Kongo

Begnadigung von politischen Gefangenen

Präsident Felix Tshisekedi hat am 13.03.19 einen Erlass unterzeichnet, nachdem 700 politische Gefangene freikommen sollen. Damit wird Tshisekedi eines seiner Wahlversprechen einlösen. Viele der Gefangenen waren allein wegen ihrer politischen Meinungsäußerung oder der Teilnahme an friedlichen Protesten im Zeitraum vom 01.01.15 bis zum 31.12.18 inhaftiert worden. Unter den Begnadigten sollen auch die Oppositionellen Franck Diongo, Diomi Ndongala und Firmin Yangambi sein, die unter anderem wegen Aufstand gegen den kongolesischen Staat inhaftiert waren.

Indien

Anti-Terror-Einsatz in Kaschmir

Im indischen Teil Kaschmirs (Jammu und Kaschmir) sind nach Angaben des indischen Militärs bei einem Anti-Terror-Einsatz im Bezirk Pulwama am 12.03.19 drei Angehörige der für die Unabhängigkeit Kaschmirs kämpfenden Gruppierung Jaish-e-Mohammed (JeM) getötet worden. Unter ihnen soll sich auch der 23-jährige mutmaßliche Haupttäter des Anschlags vom 14.02.19 (vgl. BN v. 18.02.19) befunden haben.

Anschläge und Kampfhandlungen

Im Bundesstaat Jammu und Kaschmir kamen bei einem von der islamistischen Gruppierung Hizb-ul-Mujahideen (HM) verübten Granatenanschlag auf eine Bushaltestelle in Jammu City zwei Zivilisten ums Leben. 30 Personen wurden verletzt.

Im Bundesstaat Jharkhand starben bei Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und der maoistischen Splittergruppierung Tiritiya Prastuti Committee (TPC) drei Rebellen. Ein weiterer wurde bei Kämpfen zwischen der bewaffneten und vom indischen Sicherheitsapparat taktisch unterstützten Miliz Jharkhand Jan Mukti Parishad (JJMP) mit maoistischen Rebellen im Distrikt Gumla getötet.

Festnahme von BJP-Aktivisten in Westbengalen

Am 03.03.19 wurden nach Zusammenstößen mit der Polizei in mehreren Orten im Bundesstaat Westbengalen rund 1.400 Aktivisten der hinduistischen Bharatiya-Janata-Partei (BJP) festgenommen.

Irak

Sicherheitslage

IS-Kämpfer verüben weiterhin Anschläge. Ebenso führen irakische Sicherheitskräfte Sicherheitsoperationen gegen verbliebene IS-Kämpfer durch. So wurden am 12.03.19 südlich von Kirkuk, im Bezirk al-Rashad, bei einem US-geführten Luftangriff zwei IS-Kämpfer getötet.

Am 13.03.19 haben IS-Kämpfer bei einem Anschlag im Distrikt Qara Tapa, Provinz Diyala, mit einer Mörsergranate einen Polizisten getötet und sechs Zivilpersonen verletzt. Ebenfalls am 13.03.19 richteten IS-Kämpfer im Distrikt Rutba, in der Provinz Anbar, einen Zivilisten hin, den sie etwa drei Wochen zuvor entführt hatten.

Am 14.03.19 wurden in der Provinz Diyala in dem Distrikt Mandali, östlich von Baquba, drei Mitglieder der Popular Mobilization Forces durch die Explosion einer Bombe unter ihrem Fahrzeug während einer Patrouillenfahrt verletzt. Ebenfalls am 14.03.19 wurden bei einem Luftangriff der irakischen Luftwaffe und der internationalen Koalition in der Provinz Kirkuk neun IS-Kämpfer getötet.

Am 15.03.19 wurden in dem Ort Mahouz, Provinz Kirkuk, bei einem Anschlag von IS-Kämpfern zwei Mitglieder der irakischen Streitkräfte getötet.

Am 17.03.19 wurde im Osten von Bagdad ein Zivilist von Unbekannten erschossen. Ebenfalls am 17.03.19 wurden bei einer Sicherheitsoperation in der Provinz Diyala in dem Gebiet Qizlaq, etwa 160 Kilometer nordöstlich von Bagdad, vier IS-Kämpfer getötet.

Basra

Am 12.03.19 führte ein Zusammenstoß zwischen den Stämmen Albu Hamdan und al-Batut im Norden Basras zu drei Todesopfern und mindestens sieben Verletzten.

Iran

Hohe Strafen für 23 Gonabadi-Derwische

23 Anhänger der Gonabadi-Derwische wurden vom Revolutionsgericht zu langjährigen Haftstrafen sowie jeweils zu 74 Peitschenhieben und zwei Jahren Verbannung verurteilt. Außerdem wurden allen Angeklagten für zwei Jahre alle zivilgesellschaftlichen Aktivitäten und die Ausreise aus dem Iran untersagt. Das Urteil ist nach Auskunft des Nachrichtenportals der Derwische Majzoooban Noor mittlerweile rechtskräftig. Den Verurteilten wurden Aktivitäten gegen die nationale Sicherheit vorgeworfen. Mehrere Menschenrechtsorganisationen äußerten Zweifel daran, dass die Derwische ein rechtsstaatliches Verfahren bekommen hätten. Am 19.02.18 hatten Dutzende Gonabadi-Derwische – darunter die nun Verurteilten – vor der Polizeidirektion des Teheraner Bezirks Pasdaran die Freilassung eines 70-jährigen kranken Gemeindemitglieds gefordert. Die friedliche Versammlung eskalierte, als die Polizei versuchte, die Demonstration mit Schlagstöcken und Tränengas aufzulösen. Mehr als 170 Gonabadi-Derwische mussten schwer verletzt in Krankenhäuser eingeliefert werden, über 320 Protestierende wurden festgenommen.

38 Jahre Haft und 148 Peitschenhiebe für Menschenrechtsanwältin

Die iranische Menschenrechtlerin und Rechtsanwältin Nasrin Sotoudeh ist zu insgesamt 38 Jahren Haft und 148 Peitschenhieben verurteilt worden. Die Vorwürfe gegen Sotoudeh lauten Propaganda gegen die islamische Ordnung, Beleidigung des obersten religiösen Führers und Spionage. Nasrin Sotoudeh befindet sich bereits seit Juni 2018 in Haft. Ihr Ehemann war im September 2018 ebenfalls festgenommen worden, weil er Nachrichten über Sotoudehs Gesundheitszustand verbreitet hatte. Mittlerweile wurde er gegen Kaution freigelassen. Der Direktor des Nahost- und Nordafrika-Programms von Amnesty International, Philip Luther, forderte am 12.03.19 die internationale Gemeinschaft, insbesondere die EU, auf, sich für die Freilassung der Menschenrechtlerin einzusetzen.

Festnahme wegen öffentlichem Heiratsantrag

In der Stadt Arak wurde ein junges Paar festgenommen, weil der Mann seiner Partnerin in der Öffentlichkeit einen Heiratsantrag gemacht hatte. Die Polizei erklärte, dass solche Aktionen gegen die islamische Religion und Kultur verstießen. Es dürfe nicht sein, dass die Jugend westliche Bräuche nachahme. In Iran ist es Brauch, dass traditionell die Eltern des Mannes die Eltern der Frau um die Hand der Tochter bitten. Nach der islamischen Revolution vor 40 Jahren wurde zudem jegliche öffentliche Zuneigungsbekundung verboten und als schlechter Einfluss des Westens kritisiert.

Israel/Palästinensische Autonomiegebiete

Einzelne Raketen erreichen Tel Aviver Luftraum

Am 14.03.19 erreichten erstmals seit 2014 wieder Raketen aus dem Gazastreifen das israelische Kernland um Tel Aviv. Israels Raketenabwehrsystem registrierte zwei Raketen und löste Alarm aus. Es ist zu keinen Schäden gekommen. Israels Armee antwortete mit gezielten Luftschlägen gegen Stellungen der Hamas, bei denen vier Palästinenser verletzt worden sind. Sowohl Hamas als auch der Palästinensische Islamische Dschihad, die einzigen Organisationen in Gaza, die Raketen mit solcher Reichweite abfeuern können, wiesen jedoch die Verantwortung für den Raketenbeschuss von sich. Beide Organisationen seien zurzeit an keiner militärischen Eskalation interessiert. Israelische Militärs bewerteten den Abschuss schließlich als ein Versehen. Ein Sprecher der Hamas gab außerdem bekannt, die Freitagsproteste an der Grenze zu Israel für den 22.03.19 erstmals aussetzen zu wollen. Für den Jahrestag der wöchentlich stattfindenden Proteste am 30.03.19 bereite man sich vor, eine Million Protestierende zu mobilisieren.

Palästinenser in Gaza demonstrieren gegen Hamas-Regierung

Am 14.03.19 zirkulierten Videos in Gaza, in denen Sicherheitskräfte im Gazastreifen Palästinenser misshandelten, die gegen die eigene Führung demonstrierten. Berichten zufolge kam es auch an den darauffolgenden Tagen noch zu Demonstrationen. Die Sicherheitskräfte der Hamas führten daraufhin Massenverhaftungen durch, bei denen Häuser gestürmt wurden und Dutzende festgenommen worden sein sollen. Hunderte Menschen im Gazastreifen demonstrierten gegen steigende Preise und Lebenshaltungskosten. Der UN-Sonderbeauftragte für den Nahostfriedensprozess verurteilte das gewaltsame Vorgehen der Hamas „gegen Protestierende, Frauen, Kinder, Journalisten und Menschenrechtsaktivisten“.

Tödlicher Anschlag auf Israelis im Westjordanland

Am 17.03.19 ist ein 19-jähriger Soldat bei einem Messerangriff in der Nähe von Ariel ums Leben gekommen. Der mutmaßlich palästinensische Angreifer ergriff die Waffe des Soldaten und schoss während seiner Flucht auf Zivilisten in Autos und an einer Bushaltestelle. Drei Personen wurden dabei zunächst schwer verletzt, eine von ihnen erlag am 18.03.19 ihren Verletzungen. Nach dem Täter wird noch gefahndet. Die Hamas lobte den Anschlag, ohne die Verantwortung zu übernehmen.

Libyen

Militäraktionen der Libyan National Army

Es mehren sich Berichte, nach denen die Libyan National Army (LNA) unter General Khalifa Haftar an mehreren Fronten im Fezzan Truppen abgezogen hat, namentlich aus Sebha. Seit dem 11.03.19 wird aufgrund dessen von einem Verlust öffentlicher Ordnung in Sebha berichtet. Umgekehrt wird aus der Region Sirte eine Massierung von Haftar-Milizen östlich der Stadt berichtet, auf die regionale Milizen mit erhöhter Alarmbereitschaft und Verstärkungen reagierten. Derzeit ist nicht absehbar, ob es zu einer Konfrontation um Sirte kommen wird. In den letzten Monaten hatten Haftars Truppen erhebliche Erfolge dabei verzeichnet, Regionen im Fezzan unter ihre Kontrolle zu bekommen.

Situation in Tripolis

Am 15.03.19 versammelten sich auf dem Tahrir-Platz in Tripolis Demonstranten, die gegen eine erneute Militärdiktatur und die derzeitigen politischen Führungspersonlichkeiten protestierten. Die Demonstration verlief friedlich.

Am 16.03.19 kam es in den Vierteln Ghout Al-Shaal und Al-Ghiran zu Kämpfen zwischen zwei formal dem GNA (Government of National Accord) zugerechneten Gruppen.

Präsenz sudanesischer Gruppen

Im Sudan gefangen genommene Angehörige des Sudan Liberation Movement bestätigten, dass die Gruppe Rückzugsräume in Libyen nutzt und im Austausch dafür Khalifa Haftar militärisch unterstützt. Dies war zuvor bereits vermutet worden. Auch tschadische Gruppen sind bekanntermaßen im Süden Libyens aktiv.

Mali

Angriff auf Militärbasis

Bei einem Angriff auf einen Militärstützpunkt in Dioura (Region Mopti) sind am 17.03.19 mindestens 21 malische Soldaten getötet worden. Die malische Armee gab bekannt, dass der Anschlag von mutmaßlichen Dschihadisten verübt worden sei, unter der Führung eines desertierten Obersts. Die Angreifer sollen dabei mit Autos und Motorrädern den Militärstützpunkt angegriffen haben.

Soldaten getötet

Am 12.03.19 sind mindestens sechs malische Soldaten in der Region Mopti getötet worden, als sie mit ihren Fahrzeugen in der Nähe von Dialoube und Hombori in eine Sprengfalle gerieten.

Niger

Proteste gegen europäische Truppen

In der Hauptstadt des Nigers, Niamey, haben am 16.03.19 hunderte Menschen gegen die Anwesenheit ausländischer Truppen aus westlichen Staaten demonstriert. Rund tausend Menschen folgten damit dem Protestaufruf eines Bündnisses zivilgesellschaftlicher Gruppen. Die Initiatoren erklärten, die ausländische Truppenpräsenz untergrabe die Souveränität ihres Landes und trage nichts zur Verbesserung der Sicherheitslage bei. Einer der Organisatoren sagte, man öffne die Tore für alle möglichen ausländischen Kräfte: Franzosen, Amerikaner, Italiener, Deutsche. Der Aktivist Maikoul Zodi von der Nichtregierungsorganisation Tournons la Page klagte, die Bewohner des Landes würden trotz der französischen und amerikanischen Stützpunkte von Terroristen angegriffen. Weiteres Thema der Kundgebung war die Steuerpolitik der nigrischen Regierung, die von den Demonstranten als ungerecht kritisiert wurde.

Myanmar

Kämpfe in Rhakine State

Am 09./10.03.2019 fanden verschiedenen Medienberichten zufolge Kämpfe zwischen der Arakan Army (AA) und dem Militär statt, bei denen nahe Sittwe mindestens neun Polizisten getötet worden sein sollen. Aung San Suu Kyi forderte die Armee auf, die AA zu zerschlagen. Den Vereinten Nationen (UN) zufolge sollen seit Dezember 2018 mehr als 5.000 Menschen vertrieben worden sein. Für Kachin State und Shan State hatte die myanmarische Armee im Dezember 2018 Waffenstillstände erklärt, Tausende Soldaten sollen in den ethnischen Teilstaat Rakhine verlegt worden sein.

Pakistan

Anschläge auf Sicherheitskräfte

In den vergangenen Wochen ereigneten sich gezielte Anschläge auf Sicherheitskräfte. Von Afghanistan aus eröffneten Kämpfer der terroristischen Gruppierung Jamaat-ul-Ahrar (JUA) das Feuer auf pakistanische Grenzposten in Khyber Pakhtunkhwa. In der Provinz Sindh wurden in zwei voneinander unabhängigen Anschlägen von unbekanntem Tätern zwei Polizisten getötet.

Sprengstoffanschläge in Balochistan

In der Nähe des Dorfs Dera Murad Jamali in der Provinz Balochistan entgleisten fünf Waggons des zwischen Quetta und Rawalpindi verkehrenden Schnellzugs durch eine auf den Gleisen befestigte Sprengladung. Bei einem weiteren Anschlag in der Provinz wurden bei der Detonation einer Sprengfalle fünf Menschen verletzt.

Maßnahmen zur Terrorbekämpfung

Die pakistanische Regierung weitet im Rahmen des Nationalen Aktionsplans ihre Maßnahmen zur Terrorbekämpfung gegen militante Organisationen wie Jamaat-ud-Dawa (JUD) und Falah-i-Insaniyat (FID) aus, die mit der Festnahme von Mitgliedern und Anführern der islamistischen Gruppierung Jaish-e-Mohammed (vgl. BN v. 11.03.19) begonnen hatten.

Bundesaußenminister zu Besuch in Islamabad

Bundesaußenminister Heiko Maas sprach sich während seines Besuchs in Islamabad vergangene Woche für die Unterstützung der internationalen Friedensbemühungen in Afghanistan aus. Dem Land kommt eine wesentliche Rolle für ein stabiles Afghanistan zu.

Gespräche mit Indien über Kartarpur-Grenzkorridor

Am 14.03.19 reiste eine pakistanische Delegation nach Indien, um über den Kartarpur-Grenzkorridor zu verhandeln. Dieser soll indischen Anhängern des Sikh-Glaubens den Besuch eines ihrer Schreine in Kartarpur Sahib im Nordosten der Provinz Punjab erleichtern. Hierfür sind bisher Spezialgenehmigungen erforderlich.

Philippinen

Austritt aus IStGH

Seit 17.03.19 sind die Philippinen nicht mehr Mitglied des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH). Die philippinische Regierung hatte ihren Rückzug aus dem IStGH bereits vor etwa einem Jahr erklärt, Grund dafür seien Vorermittlungen des Haager Gerichtes zur Offensive von Präsident Duterte gegen Drogenkriminelle. Der IStGH bleibt seinen Statuten gemäß für die Ahndung von Verbrechen zuständig, wenn er sich mit diesen bereits vor dem Ausscheiden eines Mitglieds damit befasst hat.

Saudi-Arabien

Hamza bin Laden verliert saudische Staatsangehörigkeit

Nach Berichten der saudischen Zeitung Okaz mit Verweis auf das staatliche Amtsblatt Umm al-Kura hat Saudi-Arabien dem Sohn Osama bin Ladens die saudische Staatsangehörigkeit entzogen. Das US-Außenministerium geht davon aus, dass Hamza bin Laden nach dem Tod seines Vaters eine führende Rolle im Terrornetzwerk al-Qaida eingenommen hat. Die USA haben deshalb ein Kopfgeld in Höhe von einer Million USD auf Hamza ausgesetzt.

Serbien

Einberufung Ungedienter zur Reservistenausbildung

Aus einer Erklärung des serbischen Verteidigungsministeriums vom 28.02.19 geht hervor, dass 2019 ca. 600 Personen zum Training für den Erwerb militärischer Grundkenntnisse einberufen werden und zwar insbesondere Männer über 30 Jahre, die in der Vergangenheit keinen Militärdienst abgeleistet haben. Die Ausbildung besteht aus einer zweistufigen Grundausbildung. Die erste Phase dauert 15 Arbeitstage, die zweite Phase, die Fachausbildung, ebenfalls 15 Arbeitstage. Der gesamte Trainingsprozess wird in zwei Kalenderjahren durchgeführt. Der Dienst kann aus einem wichtigen Grund (Krankheit, Studium, Arbeit, u. ä.) erlassen bzw. verschoben werden. Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen ist nach Art. 45 der serbischen Verfassung möglich.

In Serbien wurde 01.01.11 die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft, Einberufungen zu Wehrübungen sind jedoch bis zum 60. Lebensjahr möglich. Bislang wurden Reservisten nur selten zu Übungen aufgerufen. Meldungen zufolge erwägt Serbien auch die Wiedereinführung eines Wehrdienstes von drei bis sechs Monaten nach 2020.

Syrien

Über 60.000 Menschen aus Baghus befreit

Die Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) teilten am 17.03.19 mit, dass seit Beginn der Offensive Anfang Januar 2019 auf die letzte IS Hochburg im Gebiet um Baghus mehr als 60.000 Menschen befreit oder inhaftiert worden seien. Etwa 34.000 Zivilisten seien gerettet worden, ca. 30.000 IS-Angehörige hätten sich ergeben, darunter neben Familienangehörigen auch 5000 Kämpfer. Die aktuelle Militäroperation gehe aus Rücksicht auf die Zivilbevölkerung derzeit nur langsam voran.

Tote durch russische Luftangriffe

Nach Angaben der oppositionsnahen Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte vom 13.03.19 wurden bei mehreren Angriffen durch die russische Luftwaffe auf verschiedene Gebiete in der Provinz Idlib innerhalb von 24 Stunden mindestens 13 Zivilisten getötet, darunter sechs Kinder. Zudem seien etwa 60 Menschen durch die Angriffe verletzt worden. Es habe sich um die ersten russischen Luftangriffe auf die von Rebellen kontrollierte Deeskalationszone seit September 2018 gehandelt.

Türkei

Pressekarte erteilt

Der ZDF-Korrespondent Jörg Brase ist am Wochenende nach der Wiedererteilung seiner Pressekarte zur Arbeit in die Türkei zurückgekehrt. Dem ZDF-Korrespondenten sowie dem Tagesspiegel-Journalisten Thomas Seibert und dem nicht ständig in der Türkei lebenden NDR-Reporter Halil Gülbeyaz war Anfang März ohne Angabe von Gründen die Pressekarte und damit die Arbeitserlaubnis verweigert worden (vgl. BN v. 11.03.19). Für die Reporter Seibert und Gülbeyaz wurden nach Medienberichten bisher noch keine neuen Pressekarten ausgestellt.

Venezuela

Stromausfall

Seit dem Abend des 07.03.19 bis teilweise zum 14.03.19 wurde zunächst fast das ganze Land, seit dem 10.03.19 immer wieder große Teile des Landes von einem Stromausfall erfasst, der je nach Region zwischen 70 und rund 120 Stunden andauerte. Ursache scheint ein Brand in der Nähe des größten Wasserkraftwerkes des Landes gewesen zu sein. Mehrere Umspannwerke gingen im Laufe der Tage in Flammen auf, sodass die Infrastruktur weiter geschädigt wurde. Die Auswirkungen des Stromausfalles können derzeit nur geschätzt werden. Es kam zu Plünderungen und Gewaltausbrüchen, aber auch z.B. zum Verschenken großer Mengen verderblicher Nahrung. Für große Teile der Bevölkerung ist auch die Wasserversorgung für mehrere Tage zusammengebrochen, sodass teilweise stark verschmutztes Wasser getrunken werden musste.

Proteste

Trotz der landesweiten Stromausfälle fanden erneut umfangreiche Proteste gegen wie auch Unterstützungskundgebungen für Maduro statt. Die Polizeikräfte verhalten sich anscheinend ambivalent, es wird sowohl von Vorgehen gegen Demonstranten als auch von gewaltlosem Rückzug berichtet.

Westbalkan

Protestwelle hält weiter an

Seit Monaten finden wöchentliche Proteste in einer Reihe von Balkanländern statt. Erste Beobachter sprechen schon von einem Balkanischen Frühling (#BalkanSpring).

In **Serbien** finden seit dem 08.12.18 jeden Samstag Demonstrationen gegen die Regierung statt. Die Demonstranten werfen insbesondere Präsidenten Vucic vor, sich immer mehr zum Autokraten zu entwickeln und fordern Neuwahlen. Am 16.03.19 kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen; Demonstranten stürmten den Staatssender und umzingelten den Präsidentenpalast. Als führende Kraft hat sich mittlerweile das Bündnis für Serbien (SZS) gebildet, dem Gruppen verschiedener Strömungen angehören.

In **Montenegro** protestieren die Menschen seit fünf Wochen. Am 16.03.18 forderten erneut tausende Menschen den Rücktritt von Präsident Djukanovic, dem sie systematische Korruption und den Kauf von Wählerstimmen vorwerfen.

In **Albanien** haben am 16.03.18 ebenfalls erneut Zehntausende gegen die Regierung demonstriert. Die Proteste begannen im Dezember 2018, als zunächst Studenten gegen soziale Missstände protestierten. Mittlerweile werden die Proteste von der oppositionellen Demokratischen Partei angeführt, die der Regierung Korruption und Wahlbetrug vorwirft und seit Wochen auch die Parlamentsarbeit boykottiert. Sie fordert den Rücktritt von Ministerpräsident Rama und faire Wahlen. Auch diesmal kam es wieder zu Ausschreitungen. Die Polizei setzte Tränengas und Wasserwerfer gegen die Demonstranten ein, die versuchten, in das Parlamentsgebäude einzudringen. Einige Demonstranten und Polizisten erlitten leichte Verletzungen.